

26.05.2020

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zum Antrag der Fraktion CDU und der Fraktion der FDP
„Berufliche Ausbildung während der Corona-Pandemie sicherstellen – Perspektiven für Auszubildende und Ausbildungsbetriebe schaffen“ Drucksache 17/9368

Ein Schutzschirm für Ausbildungsplätze - Duale Ausbildung in Zeiten von Corona stärken!

I. Ausgangslage

Die SPD-Landtagsfraktion steht zur dualen Ausbildung und will sie stärken. Dieses System der Berufsausbildung hat sich nicht nur bewährt, es hat auch maßgeblich zum Wohlstand unserer Gesellschaft beigetragen, indem es Beschäftigte seit Jahrzehnten verlässlich und auf höchstem Niveau qualifiziert und die Grundlage für den beruflichen Aufstieg und ein gutes Einkommen bietet. Nicht zuletzt in der Finanz- und Wirtschaftskrise, die in erheblichen Teilen Europas zu massenhafter und teils nachhaltiger Jugendarbeitslosigkeit geführt hat, hat das duale Ausbildungssystem seine Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Die aktuellen Zahlen der Regionaldirektion zeigen aber, dass die Corona-Krise nun auch auf den Ausbildungsmarkt in NRW durchschlägt. Landesweit wurden bis Ende April mehr als 8.000 Ausbildungsplätze weniger als noch vor einem Jahr gemeldet. Das sind dramatische Entwicklungen. Deswegen bedarf es sofort Lösungen, um die Problematik in den Griff zu bekommen. Notwendig ist eine Offensive für die duale Ausbildung in Zeiten von Corona. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert deswegen einen „Schutzschirm für Ausbildungsplätze“. Konkret muss es darum gehen, Auszubildende auch bei Kurzarbeit zu schützen und die Verbundausbildung zu stärken.. Die Auszubildenden brauchen trotz verschobener oder gestrichener Prüfungen Planungssicherheit. Um die berufliche Ausbildung bei Insolvenzen abzusichern, müssen finanzielle Anreizsysteme geschaffen werden durch eine Übernahmeprämie für Unternehmen, die Auszubildende oder dual Studierende aus Insolvenzbetrieben übernehmen. Zudem fordert der DGB eine Stärkung der Ausbildungskapazitäten. Hierzu soll ein bundesweiter branchenübergreifender Zukunftsfonds zur Fachkräftesicherung unter der Beteiligung der Sozialpartner eingeführt werden. In diesem Fonds soll ab 2021 u.a. die Übernahme von Auszubildenden und ausbildungsintegriert dual Studierenden aus insolventen Betrieben finanziert werden. Die Corona-Krise befeuert diese Handlungsnotwendigkeiten. Deswegen muss jetzt alles getan werden, um auch in diesem und in den kommenden Jahren wieder viele neue Ausbildungsverhältnisse abzuschließen. Zudem müssen bestehende Ausbildungsverhältnisse abgesichert und stabilisiert werden. Dabei stellen die Auswirkungen der Corona-Pandemie viele Unternehmen und Betriebe vor große Herausforderungen. Es gilt daher, dass die Sozialpartner jetzt an einem Strang ziehen, damit auszubildende Betriebe Wege finden können, um trotz schlechter Auftragslage und Kurzarbeit bestehende

Datum des Originals: 26.05.2020/Ausgegeben: 27.05.2020

Ausbildungsverhältnisse weiterführen und auch neue Auszubildende in eine duale Ausbildung übernehmen zu können. Es bedarf jetzt dringend guter Lösungen und Maßnahmen, da durch Corona bedingt damit zu rechnen ist, dass die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze für längere Zeit, insbesondere in von der Pandemie besonders betroffenen Branchen, sinken wird.

II. Der Landtag stellt fest:

- Die betriebliche, duale Berufsausbildung hat sich bewährt und wird auch zukünftig ein wichtiger Baustein zur Vermeidung von Fachkräftemangel sein und bietet Arbeit, Qualifikation, Teilhabechancen und Aufstiegsmöglichkeiten für junge Menschen.
- Betriebe profitieren von der dualen Ausbildung. Sie hilft ihnen dabei, Fachkräfte zu gewinnen und ihre unternehmerische Existenz durch gut ausgebildete Fachkräfte nachhaltig zu sichern.
- Deswegen gilt es in Zeiten der Corona-Pandemie Auszubildende und Betriebe besser zu unterstützen, die Betriebe für eine Sicherstellung guter Ausbildungsplätze in die Verantwortung zu nehmen, um in einem gemeinsamen Kraftakt einen Einbruch der Ausbildungszahlen zu verhindern..

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. mit allen Möglichkeiten auch auf Bundesebene dafür zu kämpfen, um die Krise auf dem Ausbildungsmarkt einzudämmen. Der „Ausbildungskonsens NRW“ muss in Zeiten von Corona thematisch neu justiert werden und sich zur Bewältigung der Krise am Ausbildungsmarkt einen neuen, aktiven Schwerpunkt zur Gestaltung des Ausbildungsmarktes verleihen,
2. die Thematik „duale Ausbildung in Zeiten von Corona“ zu einem Schwerpunktthema für die Arbeits- und Sozialministerkonferenz am 26. und 27. November 2020 zu machen,
3. in diesem Zusammenhang einen politischen Vorschlag zu entwickeln, der als Grundlage für eine Diskussion zur Bewältigung der Ausbildungskrise in Zeiten von Corona dienen kann. Dazu gehört auch die Frage der Schaffung eines finanziellen Anreizes für mehr betriebliche Ausbildungsplätze etwa durch Auflegung eines steuerfinanzierten, branchenübergreifenden Zukunftsfonds unter Beteiligung der Sozialpartner, mit dem auch die Übernahme von Auszubildenden und ausbildungsintegrierten Studierenden aus insolventen Betrieben sichergestellt werden kann,
4. in einen dauerhaften Dialog mit Gewerkschaften, Gewerkschaftsjugend, Ausbilderinnen und Ausbildern, Betrieben und Unternehmen zu treten, um schnell Probleme zu erkennen und praxisnah zu lösen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa-Kristin Kapteinat
Josef Neumann

und Fraktion